

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:

Von Beginn an mangelhafte Rahmenbedingungen

Von Josef Hüwe

Rahmenbedingungen, die auf Dauer eine wirklich freie und soziale Marktwirtschaft gewährleisten, waren den Schöpfern der rheinischen sozialen Marktwirtschaft durchaus bekannt. Sie waren aber politisch nicht durchzusetzen. Ihr Fehlen hat sich immer stärker negativ ausgewirkt.

Im Unterschied zu der von Alfred Müller-Armack konzipierten und von Ludwig Erhard schließlich durchgesetzten marktwirtschaftlichen Variante – eine „sozial gesteuerte“

Marktwirtschaft – dachten Vertreter von zwei anderen Denkschulen marktwirtschaftlich konsequenter. Sie strebten eine möglichst reine Form von sozialer Marktwirtschaft an. Eine der beiden ideengeschichtlichen Quellen war die von Walter Eucken entwickelte ordoliberalen Wirtschaftstheorie, die auch unter dem Namen „Freiburger Schule“ bekannt ist und auch als neoliberal bezeichnet wurde, was aber nicht im Sinne des heutigen

Neoliberalismus zu verstehen ist, sondern als klare Abgrenzung vom alten, unsozialen Laissez-faire-Kapitalismus. Ihre Hauptvertreter waren Franz Böhm, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow.

Die Ordoliberalen forderten eine ausdrückliche Rahmenrechtsordnung für die Wirtschaft mit dem Ziel, das Individualprinzip mit dem Sozialprinzip zu verknüpfen. Dazu sollten eine umfassende Antimonopolgesetzgebung und Korrekturen der Einkommensverteilung entscheidend beitragen.

Die andere ideengeschichtliche Quelle war die Wirtschaftstheorie Silvio Gesells (Die natürliche Wirtschaftsordnung, NWO), vertreten u. a. vom unter dem Nazi-Regime verbotenen und 1946 auf Initiative Otto Lautenbachs neu gegründeten Frei-

wirtschaftsbund (FWB), zu dem auch Ernst Winkler gehörte. Reformen des Bodenrechts und der Geldordnung sind die entscheidenden Voraussetzungen für eine liberale und sozialgerechte Wirtschaftsordnung wie sie Gesell konzipiert hat.

Mitglieder des FWB wurden von etlichen Wissenschaftlern, Spitzenpolitikern und wirtschaftlichen Führungskräften respektiert, einerseits wegen der wissenschaftlich und realpolitisch seriösen Argumentation ihrer Denkschriften und Eingaben, andererseits aufgrund starker öffentlicher Resonanz: Bei zahlreichen Veranstaltungen hohe Teilnehmerzahlen. Vor

allem drei 1947/48 verfasste Denkschriften zur wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung erzielten stärkere Wirkung.

Wachsendes allgemeines Interesse an den freiwirtschaftlichen Ideen spiegeln auch einige Wahlergebnisse der freiwirtschaftlichen Partei der britischen Besatzungszone, der Radikalsozialen Freiheitspartei (RSF), wider. Bundestagswahl 1949: In Bremen und NRW je 2,1% der Stimmen. Landtagswahlen: 1949 in Hamburg 2,0%, 1950 in NRW ebenfalls 2,0%.

In der von Lautenbach herausgegebenen Halbmonatsschrift „Blätter der Freiheit“ (sechs Jahrgänge von 1949 bis 1954) veröffentlichten wiederholt auch namhafte Wirtschaftswissenschaftler wie Franz Böhm, Ludwig Erhard, Fritz Hellwig, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Lautenbach war vorübergehend Mitarbeiter der von Ludwig Erhard herausgegebenen Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“.

Mitglieder des FWB verhandelten mit wissenschaftlich kompetenten Organisationen und öffentlichen Instanzen, zum Beispiel 1952 zweimal mit dem Direktorium der Bank Deutscher Länder, dem Vorläufer der Deutschen Bundesbank. Hier wurde über die Bedeutung der Geldmenge und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes für die Stabilisierung der Währung volle Übereinstimmung erzielt. Keine Zustimmung fanden dort die leider oft als „inflationfördernd“ missverstandenen geldtechnischen Vorschläge für eine Verstärkung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Kooperation von Freiwirtschaftlern und Ordoliberalen

Die beiden einerseits wesensverwandten, andererseits doch wieder unterschiedlichen Wirtschaftstheorien begegneten sich in ihren maßgebenden Vertretern in den Jahren 1949 bis 1954 zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit. Die Tagungen des Freiwirtschaftsbundes wurden zunehmend ein öffentlich anerkanntes Forum der Erarbeitung und Darstellung wissenschaftlich begründeter und umsetzbarer Prinzipien für Wirtschaft und Gesellschaft. Insbesondere zwei Tagungsprotokolle aus den Jahren 1951/52 - Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft und Das Programm der Freiheit – dokumentieren die Kooperation von Freiwirtschaftlern und



Walter Eucken
(1891-1950)



Otto Lautenbach
(1903-1954)

prominenten ordoliberalen Gästen. Beide Seiten sahen in einer freien und sozial gerechten Marktwirtschaft vor allem auch ein entscheidendes Fundament der Demokratie und eines freien Europa. Und man war sich folgender Aussage Euckens bewusst: „Eine ethische Besserung des Menschen kann die Schäden der Ordnung nicht beseitigen...Die Gesamtordnung sollte so sein, dass sie den Menschen das Leben nach ethischen Prinzipien ermöglicht.“

Über den Bundestag des FWB am 9./10. November 1951 in Heidelberg haben Zeitungen des In- und Auslandes zum Teil in längeren Beiträgen ausführlich positiv berichtet, u. a. FAZ, Rhein-Neckar-Zeitung, Rheinischer Merkur, Handelsblatt, Der Volkswirt und in der Schweiz die Wochenzeitung Freies Volk. DIE ZEIT vom 15. Nov. 1951 schloss ihren zustimmenden Bericht mit dem Satz: „Das Attribut „sozial“ muss mehr sein als ein zartrosa Etikett zur beliebigen Verwendung bei lediglich propagandistischem Bedarf: nämlich eine zu praktizierende Verpflichtung.“

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Otto Lautenbach, der in einem Zweckbündnis mit den Ordoliberalen eine Chance sah, schuf Anfang 1953 mit der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ (ASM) einen organisatorischen Rahmen für die Zusammenarbeit mit den Ordoliberalen. Im achtköpfigen Vorstand saßen vier Freiwirtschaftler. Zu den neun Beiratsmitgliedern gehörten drei Freiwirtschaftler und drei prominente Ordoliberale, u. a. Franz Böhm und Alexander Rüstow. Ehrenmitglieder waren Ludwig Erhard und Wilhelm Röpke. Punkt 2 der programmatischen Richtlinien der ASM – „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“ – lautete: „Der freie Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht unterliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden.“ Das war eine offensichtliche Weiterentwicklung des Eucken-Konzeptes in Richtung auf das freiwirtschaftliche Modell.

Ludwig Erhard schrieb am 23. 1. 1953 an die Gründungsversammlung: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, dass das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefasste Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“ Die zweite große Tagung der ASM am 18./19.Nov.1953 in Bad Godesberg mit über 600 Teilnehmern, mit einer wichtigen Rede Erhards, in der dieser bereits vor den Gefahren für die Weiterentwicklung der Sozi-

alen Marktwirtschaft warnte, hatte ebenfalls starke positive Resonanz in Presse und Rundfunk des In- und Auslandes. Die „Godesberger Erklärung“ der ASM wurde durchweg als richtungsweisend für den Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft angesehen. DIE ZEIT zum Beispiel kam in einem vier-spaltigen Artikel in Nr. 48 zu dem Schluss: „Der unbestreitbare Erfolg der Tagung spiegelte sich weniger in ‚Rang und Namen‘ der anwesenden Persönlichkeiten wider, sondern mehr in dem Versuch, eine vorhandene Denklücke zu schließen – nämlich die Vollendung der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ –, dem jetzt die Tat folgen muss.“

Meinungsverschiedenheiten

Im Laufe der Jahre waren neben den Gemeinsamkeiten der beiden Wirtschaftstheorien auch die unterschiedlichen Positionen deutlicher hervorgetreten. Die Freiwirtschaftler stimmten mit den Grundprinzipien Euckens überein: Der Staat muss einen Ordnungsrahmen schaffen (eine Rahmenrechtsordnung) für die im Übrigen selbständigen sozialen Funktionen der Bürger. Der Einzelne soll über seine wirtschaftlichen Vorhaben als Produzent und Verbraucher selbst bestimmen können. Auch die sieben „konstituierenden Prinzipien“ Euckens bejahten sie. Stichworte: Primat der Währung, Öffnung von Angebot und Nachfrage, Privateigentum an Produktionsmitteln, Vertragsfreiheit, Haftungsprinzip für verantwortliche Unternehmer, Konstanz der Wirtschaftspolitik. Beide Seiten teilten auch die Auffassung, dass eine Ordnung der vollständigen Konkurrenz private Macht in einer freien Gesellschaft weitestgehend zurückdrängen würde.

Den „regulativen Prinzipien“ Euckens hingegen stimmten die Freiwirtschaftler nicht zu. Sie sahen darin den Weg vorgezeichnet für zahlreiche dirigistische staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen, für eine teilweise, sich selbst verstärkende Zentralverwaltungswirtschaft. Sie strebten ein selbstregulatives soziales Gleichgewicht an, um auf diesem Wege Individual- und Sozialprinzip miteinander in Einklang zu bringen. Die konstituierenden Prinzipien Euckens sollten ergänzt werden durch eine Umlaufsicherung des Geldes zwecks Vermeidung von Deflationen und als Voraussetzung für eine stabile Währung. Im Hinterkopf hatten die Freiwirtschaftler dabei die Überzeugung, dass aufgrund der langfristig sich verändernden Marktverhältnisse Zinsgewinne allmählich auf einen um null pendelnden Wert sinken würden. Ferner hielten sie ein soziales Bodenrecht für unverzichtbar.

(Zum Thema Bodenordnung siehe HUMANE WIRTSCHAFT 06/2009, Dirk Löhr: Geldreform ohne Reform der Boden- und Ressourcenordnung?)

Resignation

Infolge des frühen Todes von Otto Lautenbach am 18. 7. 1954 (Eucken war schon 1950 verstorben) fand die Zusammenarbeit von Freiwirtschaftlern und Ordoliberalen ein rasches Ende. Der FWB zerfiel im Streit um eine Neugestaltung der Organisationsform. In der ASM ging der Einfluss der Freiwirtschaftler immer mehr zurück. Im Laufe der Jahre gelangten überwiegend Vertreter der Wirtschaft in den Vorstand. Ordoliberale Vorstandmitglieder zogen sich in den Beirat zurück. Sie resignierten offenbar in ihrer Reformfreude angesichts der Entwicklung der ASM und der Sozialen Marktwirtschaft. (Der Verein mutierte zu einem Unternehmer- und Kapital-Interessenverband, er besteht heute noch. In seiner Info-Broschüre wird der Gründer Lautenbach nicht genannt.)

Ludwig Erhard konnte ein freiheitlich-soziales Programm im Sinne der „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“ politisch nicht durchsetzen. Schon am 9. 9. 1953 hatte DER SPIEGEL über den Wirtschaftsminister geschrieben:

„Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett.“ Der Schüler des Soziologen Franz Oppenheimer konnte nur eine von A. Müller-Armack unter deutlicher Abgrenzung von Euckens ordoliberalen Konzept vorgeschlagene marktwirtschaftliche Variante, eine „sozial gesteuerte“ Marktwirtschaft, realisieren, für die sich der Name „Soziale Marktwirtschaft“ einbürgerte. Eine umfassende Antimonopol-Gesetzgebung im Sinne der Ordoliberalen blieb auf der Strecke, freiwirtschaftliche Reformvorschläge wurden ignoriert. An eine „Vollendung“ der Sozialen Marktwirtschaft war nicht mehr zu denken.

Mit der Wachstumsphase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, im Zuge des westdeutschen „Wirtschaftswunders“, ging allgemein das Interesse an Rahmenbedingungen im Sinne Euckens und der Freiwirtschaftstheorie immer mehr zurück. Die Freisoziale Union (FSU), 1950 gegründet als Zusammenschluss der freiwirtschaftlichen Parteien der drei Besatzungszonen, erzielte zum Beispiel bei Wahlen im Jahre

1965 in keinem Bundesland mehr als 0,1% der Stimmen. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt die Auswirkungen eines ständig positiven Zinses und des Zinseszinses: Progressive Ungleichheit der Einkommensverteilung, Überentwicklung der Geldvermögen und Schulden, ständiges Wirtschaftswachstum als Funktionsnotwendigkeit des Systems mit Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Abkoppelung der Finanzsphäre von der realen Wirtschaft und zunehmende Krisenanfälligkeit. Ja, die offenbar nicht mehr umzukehrende Schuldenentwicklung droht mittel- oder langfristig auf einen Staatsbankrott zuzusteuern.

Im Jahre 2000 hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall eine Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ gestartet. Und im Oktober 2008 hat die Bundeskanzlerin für das Gesetz zur Stabilisierung der Finanzmärkte geworben: Damit würden Strukturen geschaffen für eine „menschliche Marktwirtschaft“. In beiden Fällen fehlt aber leider ein Konzept für entscheidende Verbesserungen der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hingegen hat im Laufe von Jahrzehnten und auch in jüngster Zeit zum Beispiel das Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. in Bad Boll in seiner Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ vertiefende und weiterführende Arbeiten vorgelegt zur Gestaltung einer wirklich freien Marktwirtschaft - frei von staatlichem Dirigismus und frei von privater Macht. ■

QUELLENVERZEICHNIS

- Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung. 1949.
 Freiwirtschaftsbund: Das Programm der Freiheit. Wortlaut der Vorträge am 6. u. 7.11.1952. Freiwirtschaftsbund: Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft. 1952. Vorträge von Ernst Winkler, Alexander Rüstow, Werner Schmid und Otto Lautenbach vom 9. und 10. November 1951.
 Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft: Tagungsprotokolle aus 1953. Schmid, Werner: Neoliberalismus und Freiwirtschaft. Zürich 1957.
 Winkler, Ernst: Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung. 1952.
 Winkler, Ernst: Freiheit? – Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung. 1980.
 Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980.
 Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (Hrsg.): Keine private Macht in einer freien Gesellschaft! Schriftenreihe Fragen der Freiheit, Heft 277/278, Februar 2009.